

DIE ORDNUNGS- UND STAATSPOLITISCHE VERWAHRLOSUNG DER ECONOMIESUISSE

REPLIK ZU CHRISTOPH MÖRGELIS PAUSCHALKRITIK AUS SVP-WARTE

VON ANDREAS K. WINTERBERGER

Wiederholt hat der Publizist und alt Nationalrat Dr. Christoph Mörgeli aus der Warte der verblocherten SVP scharfe Kritik an der Economiesuisse, ehemals Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, geübt. In seinem «Weltwoche»-Artikel «Vom Tiger zum Kätzchen» wohl in umfassendster Weise. Dabei verwendet er Zitate des früheren Geschäftsführenden Präsidialmitglieds des Vororts, Dr. Gerhard Winterberger, die meist aus den 1950er- und 1960erjahren stammen und gelegentlich aus dem Zusammenhang gerissen werden.

Vom Röpkeaner zum Hayekianer

Gerhard Winterberger dachte durchaus eigenständig, wurde aber bis in die zweite Hälfte der 1960erjahre von seinem ursprünglichen Hauptförderer Wilhelm Röpke (1899-1966) beeinflusst, mit dem er einen regen Briefwechsel unterhielt, mit dem er auch bei passender Gelegenheit zusammenkam und sich mit ihm über ökonomische, staatspolitische, historische sowie ethisch-moralische Fragen unterhielt. Wenig bekannt ist, dass er Ludwig Erhard um Vermittlerdienste bat, als es innerhalb der Mont Pèlerin Society (MPS) zu einem Zerwürfnis zwischen Röpke und Friedrich August von Hayek (1899-1992) kam, das durch den MPS-Sekretär Alfred Hunold ausgelöst wurde und das schliesslich zur Spaltung sowie dem Austritt einer grossen Gruppe um Röpke führte.

1971 erschien erstmals die deutsche Übersetzung von Hayeks «Constitution of Liberty», ein Werk, das mittlerweile zu den modernen liberalen Klassikern zählt. Während geraumer Zeit erfolgte keine Besprechung in der «Neuen Zürcher Zeitung»; schliesslich motivierte Winterberger den damaligen NZZ-Inlandchef Dr. Kurt Müller, eine Rezension zu schreiben. In der Folge kam es schrittweise zu einer persönlichen Annäherung zwischen Hayek und Winterberger. Die Lektüre der «Verfassung der Freiheit» sowie weiterer Schriften Hayeks hatten nachhaltigen Einfluss auf eine Weiterentwicklung im Denken Winterbergers in eine zunehmend kosmopolitische liberale Richtung. Hayek war ein entschiedener Befürworter der Personenfreizügigkeit: Winterberger revidierte seine Meinung zuerst in der Theorie und aufgrund konkreter Erfahrungen in der Praxis: Massiv bekämpfte der Vorort unter seiner Führung die diversen Überfremdungsinitiativen, die von James Schwarzenbach bzw. von Valentin Oehen lanciert wurden. Seine früheren Warnungen vor «Überfremdung» revidierte Winterberger grundlegend: Durch eine Einwanderung zahlreicher ausländischer Fachkräfte sah er die «schweizerische Eigenart» nicht länger bedroht.

Ein Skeptiker der europäischen Einigung

1957 wurde durch die Römischen Verträge die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet. An der 1957 in St. Moritz stattfindenden Jahrestagung der Mont Pèlerin Society wurde darüber kontrovers diskutiert: Wilhelm Röpke, Ludwig Erhard sowie Gerhard Winterberger, damals Gast und danach MPS-Mitglied, befürworteten zwar die Idee einer europäischen Freihandelszone, warnten aber vor zentralistischen und planwirtschaftlichen Tendenzen, die durch die Römischen Verträge gestärkt würden, und lehnten diese entschieden ab. Wenn heute vielerorts – meines Erachtens durchaus zu Recht! - von einer Fehlkonstruktion der wirtschaftlichen Einigung Europas gesprochen wird, so begann diese 1957, und nicht erst seit Maastricht (1992), eine Meinung, an der Gerhard Winterberger, stets dem

internationalen Freihandel verpflichtet, bis zu seinem Tode festhielt. Er lehnte stets eine Mitgliedschaft der Schweiz in der Europäischen Union (EU) ab, eine Position, auf die er auch den Vorort verpflichtete.

Gerhard Winterberger, der bis zu seinem Tod (1993) dem Präsidium des Vororts weiterhin angehörte, befürwortete wie dieser Spitzenverband der schweizerischen Wirtschaft eine Mitgliedschaft unseres Landes im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Er bedauerte die knappe Ablehnung durch den schweizerischen Souverän. Er hielt die Behauptung von Christoph Blocher für falsch, dass eine EWR-Mitgliedschaft zwangsläufig zur EU-Mitgliedschaft führen müsse. Das Beispiel Norwegen widerlegt diesen vermeintlichen Automatismus auf eindrückliche Weise.

Möglicherweise könnte ein Grund für Winterbergers Befürwortung einer EWR-Mitgliedschaft unseres Landes darauf zurückzuführen sein, dass er mit zunehmender Skepsis das Verhandlungsgeschick der schweizerischen Diplomatie beobachtete. Durchaus zu Recht, wenn man die Bilateralen Verträge zwischen der EU und der Schweiz kritisch betrachtet: So wurde beispielsweise im Verkehrsabkommen keine befriedigende Lösung, was die berechtigten schweizerischen Interessen im Flugverkehr anbelangt, getroffen. Der liberale Arbeitsmarkt wurde bedauerlicherweise eingeschränkt und ein eindrücklicher Beleg, dass die schweizerische Verhandlungsdelegation, der primär EU-Turbos angehörten, generell ein geringes Interesse am Einnehmen einer harten Verhandlungsposition hatte, zeigt sich im Umstand, dass es die schweizerische Delegation war, die der EU die rechtliche Verknüpfung der bilateralen Verträge vorschlug.

Es spricht nicht für den Bundesrat, National- und Ständerat und schon gar nicht für den Vorort bzw. die Economiesuisse, dass diese rechtliche Verknüpfung der bilateralen Verträge Schweiz – EU nicht in Frage gestellt bzw. bei der entsprechenden Volksabstimmung nicht bekämpft wurde.

Anmerkung zur Selbstbestimmungsinitiative

Gewiss hätte der Vorort bzw. die Economiesuisse auch unter der Leitung von Gerhard Winterberger die Selbstbestimmungsinitiative der SVP bekämpft, da bei deren Annahme die Rechtssicherheit, was Hunderte bestehender Wirtschaftsabkommen anbelangt, und damit zahlreiche Arbeitsplätze stark gefährdet würden. Mörgeli behauptet nun: «Das wäre tatsächlich schlimm. Schlimm darum, weil nach dieser Logik Hunderte von Wirtschaftsabkommen abgeschlossen worden wären, die gegen unsere Bundesverfassung verstossen.» Er verschweigt allerdings ganz bewusst, dass die Verträge bei Annahme der SVP-Initiative ungültig werden.